

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Racial Profiling gesetzlich verbieten – Bremer Initiative folgen!

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wird aufgefordert, Racial Profiling durch die Berliner Polizeibehörde im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) gesetzlich zu verbieten.

Der Rot-rot-grüne Senat plant einige Veränderungen am Polizeigesetz.¹ Die sog. verdachtsunabhängige Kontrolle soll jedoch bestehen bleiben, wonach Polizeibeamt*innen die Identität einer Person ohne konkreten Anlass weiterhin feststellen dürfen.

Die Genoss*innen in Bremen gehen richtig voran und wollen Racial Profiling im Bremer Polizeigesetz ausdrücklich verbieten.² Danach darf die Identität einer Person nur bei konkreten Anhaltspunkten festgestellt werden. Wir fordern, diese Regelung auch in Berlin gesetzlich zu verankern.

Wir fordern die SPD-Fraktion auf, den Passus aus dem Bremer Gesetzesentwurf „Der Anlass für die Identitätsfeststellung[...] darf nicht alleine auf das äußere Erscheinungsbild einer Person zurückgeführt werden und ist auf Verlangen den Betroffenen zu bescheinigen.“ zu übernehmen und ins ASOG zu verankern.

¹ Abgeordnetenhaus von Berlin - Drucksache 18/2787

² Bremische Bürgerschaft – Drucksache 20/511